

Neues Archiv

der

Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde

zur

**Beförderung einer Gesamtausgabe
der Quellschriften deutscher Geschichten des Mittelalters.**

Fünfundzwanzigster Band.



**Hannover und Leipzig.
Hahn'sche Buchhandlung.
1900.**

XIX.

Der deutsche Text
des
Mainzer Landfriedens
und das österreichische Landesrecht.

Von

Arnold Luschin von Ebengreuth.

Der berühmte Landfrieden, den K. Friedrich II. im August des Jahres 1235 auf dem Reichstage zu Mainz beschliessen und verkünden liess, ist uns in mancherlei Hss. sowohl in lateinischer als deutscher Sprache überliefert worden. Sein Einfluss auf die Reichsgesetzgebung erhellt daraus, dass er zum Vorbild für die Mehrzahl der späteren königlichen Landfriedensgesetze geworden ist und im Reiche bis ins 14. Jh. gültig blieb¹. Für die Bedeutung, welche diesem Gesetz schon die Zeitgenossen beileigten, spricht die Nachricht in der Kölner Königschronik, deren Worte *ubi fere omnibus principibus regni Teutonici convenientibus pax iuratur, vetera iura stabiliuntur, nova statuuntur et Teutonico sermone in membrana scripta omnibus publicantur* im Zusammenhang mit dem Vorhandensein deutscher Texte zur Annahme Anlass gaben, dass dieser Landfrieden das erste deutsch verfasste Reichsgesetz sei. Damit war die Frage nach der Amtsprache der Reichskanzlei aufgeworfen, die schliesslich in dem Sinne beantwortet wurde, dass die Reichsgesetze weit über das 13. Jh. hinaus in lateinischer Sprache erlassen wurden. Deutsche Texte von Reichsgesetzen aus dieser Zeit können daher höchstens authentische Uebersetzungen, niemals aber das ausgegebene Original sein; damit ist aber für den einzelnen Fall die Frage, in welcher Reihenfolge die verschiedensprachigen Gesetzestexte entstanden sind, noch nicht unzweifelhaft entschieden. Da die Berathungen des Reichstags offenbar in der Volkssprache erfolgten, wurden die Beschlüsse von der Kanzlei wohl erst hinterher nach Bedarf in lateinisches Gewand ge-

1) Böhlau, *Novae Constitutiones domini Alberti* 1858, S. XV.

kleidet¹. Es wäre also nicht undenkbar, dass uns der überlieferte deutsche Text in einem einzelnen Falle die Beschlüsse in ihrer ursprünglichen Gestalt erhalten hat.

In der That hat Zeumer bei Besprechung der Weiland'schen Ausgabe der *Constitutiones et acta publica imperatorum et regum* in der historischen Zeitschrift (Band 82, N. Folge 46, S. 489) die sehr beachtenswerthe Vermuthung aufgestellt, dass die ganz abweichende Reihenfolge der Artikel in den deutschen Texten von jener des unzweifelhaften lateinischen Originals rein äusserlich aus der Reihenfolge zu erklären sei, in welcher die einzelnen Beschlüsse auf dem Reichstage gefasst und verzeichnet wurden. Zeumer meint, dass das Protokoll des Reichstags in lateinischer Sprache geführt und zum Zweck der allgemeinen Verlautbarung zunächst ins Deutsche übersetzt wurde. Das verlorene Protokoll habe erst später zu amtlichen Ausfertigungen für die einzelnen Fürsten durch Umarbeitung jene feierliche Form erhalten, in der uns die lateinische Fassung heute vorliegt: mit Eingangs- und Schlussformeln, mit einer grossen Gesamteinleitung und kleineren Arengen vor den einzelnen Abschnitten u. s. w.

Die Sache würde noch einfacher liegen, wenn man sich entschliessen könnte, die Annahme, dass eine Uebersetzung des Protokolls vorliegt, fallen zu lassen. Ich weiss sehr wohl, dass man gerade die Unbehilflichkeit und Umständlichkeit des deutschen Textes gegenüber der knappen lateinischen Fassung als wichtigstes Kennzeichen der Uebersetzung ansieht. Als zwingend vermag ich eine solche Beweisführung jedoch nur dort anzuerkennen, wo die Abhängigkeit des deutschen Ausdrucks von der lateinischen Phrase unzweifelhaft ist. Zur Erklärung anderer Fälle reicht aus, dass es im Jahre 1235 noch keine deutsche Kanzleisprache mit feststehenden Redewendungen gab, und

1) Ein Beispiel bietet die Erklärung in deutscher Sprache, die von K. Friedrich I. beim Abschluss des Friedens mit dem Papste und den Lombarden 1177 vertragsmässig abgegeben wurde und die der Ohrentzeuge Romuald nach der durch den Reichskanzler gegebenen Uebersetzung ins Italienische in lateinischer Fassung seinen Annalen einverleibt hat. Mon. Germ. Scriptores XIX, 453. Die Ueberschrift in Mon. Germ. Folio, Leges II, 155, *Oratio imperatoris in lingua Teotonica* könnte allerdings in Verbindung mit Note 9: *a Christiano archiepiscopo Maguntino archicancellario in linguam Latinam versa* die unbegründete Vermuthung erwecken, dass hier die amtliche Ausfertigung in lateinischer Sprache vorliegt. Romuald erzählt indessen nur, der Kaiser habe nach der Rede des Papstes begonnen *in lingua Teotonica concionari, Christiano cancellario verba sua vulgariter* (d. i. wohl = italice) *exponente*.

dass daher die aus den Berathungen hervorgegangenen Beschlüsse in der Verhandlungssprache nicht ohne Breite zur Aufzeichnung gelangen konnten, welche Weitschweifigkeiten sich bei der nachfolgenden Redigierung des lateinischen Textes für die amtlichen Ausfertigungen unschwer vermeiden liessen. Da wäre noch Raum für die Untersuchungen eines gewiegten Philologen.

Es bleiben jedoch selbst dann, wenn Zeumer mit seinem Erklärungsversuch durchweg das Richtige getroffen hat, rücksichtlich des Mainzer Landfriedens Fragen übrig, die der Aufklärung bedürfen. Vor allem ist das Alter der überlieferten deutschen Texte genauer festzustellen. Weiland und mit ihm übereinstimmend Zeumer halten es für ausgemacht, dass die im zweiten Bande der *Constitutiones* unter n. 196a mitgetheilten drei Formen sämtlich auf der im J. 1235 nach Aussage der *Chronica regia Coloniensis* in deutscher Sprache schriftlich im ganzen Reich veröffentlichten Fassung beruhen. Mit dieser vorsichtigen Redewendung ist jedoch über die Zeit, in welcher die drei mitgetheilten deutschen Texte ihre Gestalt erhielten, noch gar nichts Bestimmtes gesagt, dagegen wissen wir durch die Untersuchungen Böhlau's, dass noch ums Jahr 1400 Nicolaus Wurm eine deutsche Bearbeitung des Mainzer Landfriedens geliefert hat, welche die nämliche Reihenfolge der Artikel zeigt. Es ist daher gar nicht ausgemacht, dass der von Weiland mit I bezeichnete Münchener Codex den mit dem lateinischen Original gleichzeitigen deutschen Text darbietet¹, obwohl er dem Schriftcharakter nach in die Zeit von der Mitte bis zum Ausgang des 13. Jh. gehört. Es fehlt ja nicht an Beispielen, dass amtliche Verdeutschungen lateinischer Texte erst geraume Zeit nach Ausgabe des Originals entstanden sind; so wurde, um nur eines anzuführen, der dem steirischen Landesadel im Jahre 1277 durch König Rudolf I. ertheilte Gnadenbrief mehr als sechszig Jahre später (1339) auf Bitte der Landschaft durch Herzog Albrecht II. ins Deutsche übertragen. Offen ist auch die Frage, wie weit die Bestimmungen des Mainzer Landfriedens in den einzelnen Theilen des Reichs zur Befolgung kamen. Die Thatsache, dass spätere vom Reich

1) Siegel bezweifelt es; vgl. Sitzungsberichte der k. Akad. zu Wien, LV, S. 12 'der deutsche Text des Fridricianischen Gesetzes, auf dessen Wortlaut die Argumentation (Hasenöhrle) sich gründet, hat vielleicht zur Zeit der Anfertigung des Otakarischen Landfriedens [1254] noch garnicht existiert'.

ausgehende Landfrieden mehr oder minder die Bestimmungen des Mainzer Gesetzes vom Jahr 1235 wiederholten, beweist wohl, dass König und Reich Werth darauf legten, lassen aber unentschieden, wie man in den einzelnen Territorien sich diesen Bestrebungen gegenüber verhielt. Beiträge zur Lösung dieser Fragen sollen nun die nachstehenden Untersuchungen bieten, die sich mit den Beziehungen des österreichischen Landesrechts zum Mainzer Landfrieden beschäftigen.

II.

Das österreichische Landesrecht verdient nach Inhalt und Form in hohem Grade die Aufmerksamkeit des Rechtshistorikers¹. Es ist wohl die älteste Rechtsquelle in Süddeutschland, die ohne Benutzung einer lateinischen Vorlage unmittelbar in der Landessprache aufgezeichnet wurde, es bietet werthvolle Aufschlüsse über den eigenartigen Gang der Rechtsentwicklung in den südöstlichen Marken des Reichs und gewährt dabei einen Einblick, wie die vom Reiche ausgehenden Landfrieden in den Einzelgebieten nachwirkten.

Die handschriftliche Ueberlieferung des österreichischen Landesrechts reicht allerdings nicht weit zurück. Jo. Peter von Ludewig, der durch seine Ausgabe des *ius germanicum Austriaci ducatus circa annum 1190* im 4. Bande der *Reliquiae manuscriptorum* schon 1721 die Aufmerksamkeit auf dies Rechtsdenkmal gelenkt hatte, will es allerdings aus einer nahezu gleichalterigen Quelle geschöpft haben², allein diese Hs. ist verschollen und deren Alter, wie wir sehen werden, zweifellos zu hoch angesetzt. Von den erhaltenen Hss. geht keine über den Anfang des 15. Jh. hinauf, der Beweis eines weit höheren Alters kann jedoch für den Text aus inneren Gründen geführt werden.

Vierzig und einige Jahre nach Ludewig hat v. Senckenberg in seinen *Visiones diversae de collectionibus legum Germanicarum* (1765) einen erweiterten Text bekannt gemacht und neben dem kürzeren synoptisch abgedruckt. Seither

1) Kritische Ausgabe und Literatur bei Schwind und Dopsch, *Ausgewählte Urk. z. Verfassungsgesch. der deutsch-östrerr. Erblande im M. A.*, Innsbruck 1895, zu den J. 1237 und 1266. — Da hier wegen Raumersparnis die Artikel aneinander geschoben und von II nur die Zusätze voll abgedruckt, die übrigen Abweichungen aber bloss als Varianten in Fussnoten beim Text I erscheinen, so fehlt die Uebersichtlichkeit, die sich in der kritischen Ausgabe Hasenöhrls (1867) findet.
2) *hanc illi aetatem fere adserit codex vetustissimus in bibliotheca Viennensi, quod me docuit eius largitor illustrissimus.* S. 3.

haben sich so Manche mit dem österreichischen Landesrecht beschäftigt, doch hat den grundverschiedenen Charakter beider Fassungen erst Heinrich Siegel richtig erkannt¹. Er bezeichnet die kürzere, die mit den Worten beginnt: *Das sind die recht nach gewonheit des landes bei herzog Luitpolden von Osterreich* als Rechtsaufzeichnung, den längeren Text, der durch ein: *Wir seczen und gepieten* eingeleitet wird, als Gesetzesentwurf. Diese Unterscheidung ist, wenn man von einem vereinzeltten Gegner absieht, wohl allgemein als begründet anerkannt worden, mehr Widerspruch erhob sich gegen die von Siegel ausgesprochene Zeitbestimmung, welche die Entstehung beider Rechtsdenkmäler ins Jahr 1237 verlegte. Namentlich hat sich im Ganzen die Ansicht befestigt, dass die beiden Fassungen einander nicht zeitlich nahestehen, sondern dass der Gesetzesentwurf mindestens um einige Jahrzehnte jünger ist, als die kürzere Rechtsaufzeichnung. Die Entstehung dieser wird allerdings meist mit Siegel in die Zeit der ersten Reichsverwaltung Oesterreichs unter K. Friedrich II. (1236 — 39) verlegt.

In der That sprechen gewichtige Gründe für diese Annahme. Wir haben zunächst keinen Anlass, die Glaubwürdigkeit der Ueberschrift anzuzweifeln, dass nachstehend österreichisches Landesrecht niedergeschrieben sei, wie es zu Zeiten eines Herzogs Leopold bestanden hat. Herzoge mit Namen Leopold gab es in Oesterreich sowohl unter den Babenbergern als unter den Habsburgern, doch genügt ein flüchtiger Blick auf den Inhalt des Rechtsdenkmals, um zu erkennen, dass die Aufzeichnung Zustände aus der Zeit der Babenberger zur Voraussetzung hat. Die einleitenden Worte weisen auf eine Zeit, in welcher ein Herzog Leopold allein an der Spitze von Oesterreich stand, was ebenso wie die Gerichtsverfassung nur unter den Babenbergern zutrifft. Die Landtaidinge, die nach Art. 1 nur an den drei Taidingstätten zu Neuburg, Tulln und Mautern unter Vorsitz des Herzogs abgehalten werden sollten, verschwinden schon unter den ersten Habsburgern und werden seit Albrecht I. durch Hoftaidinge zu Wien in den Hintergrund gedrängt². Andererseits zeigt die Benutzung von Stellen des Mainzer Landfriedens, dass die Aufzeichnung des österreichischen Landesrechts erst nach dem Jahre 1235 erfolgt sein kann. Es entsteht demnach

1) SB. der Wiener Akad. d. W. XXXV, S. 109 ff. Die beiden Denkmäler des österr. Landesrechts und ihre Entstehung. 2) Vgl. mein Gerichtswesen in Oesterreich §§ 8, 9.

die Frage, auf welchen der babenbergischen Leopolde soll sich der Inhalt dieses Rechtsdenkmals beziehen und wann und aus welchem Anlass kam es nach dem Jahre 1235 zur Aufzeichnung. Schon der Umstand, dass diese Arbeit frühestens in die Regierungszeit des letzten Babenbergers Herzog Friedrich II. fällt, macht die von Ludewig angenommene Beziehung auf Herzog Leopold V. (1177—1194) wenig glaubhaft. Sie erscheint geradezu ausgeschlossen durch die Ausbildung, welche das Verfahren gegen land-schädliche Leute, die 'Landfrage', unter jenem Herzog Leopold in Oesterreich schon erhalten hatte, ebenso wenig würde mit dem 12. Jh. die Stellung stimmen, welche nach dem Landesrecht die Ministerialen schon besaßen, während beides mit anderen Nachrichten, die wir über die Zustände unter Herzog Leopold VI. (dem Glorreichen 1198—1230) haben, im Einklang steht.

Wir können daher, wenn wir der Ueberschrift überhaupt Glauben schenken, nur annehmen, dass man bei Aufzeichnung des österreichischen Landesrechts die Zustände unter Herzog Leopold VI. darzustellen beabsichtigte. Mit dieser Erkenntnis ist freilich die Frage, wann diese Niederschrift erfolgte, noch keineswegs beantwortet. Daher hat auch v. Zallinger erklärt, dass er die Beweisführung Siegels für das Jahr 1237 nicht als zwingend anerkennen könne, d. h. mit anderen Worten, dass er die Rechtsaufzeichnung für merklich jünger halte. Nach der Stelle zu schliessen, wo er dies ausspricht¹, dürften die früher erwähnten Bestimmungen über die Landfrage seine Zweifel hervorgerufen haben, da ihm diese Einrichtung als eine jüngere Entwicklung der Massregeln zur Landessicherheit erscheint. Ich glaube jedoch nicht, dass dies Bedenken begründet ist. Die Landfrage gegen schädliche Leute muss in Oesterreich schon in der ersten Hälfte des 13. Jh. bekannt gewesen sein, denn der Landfriede Herzog Otakars vom J. 1254 räumt sie ohne weitere Einschränkung den Landrichtern ein². Da nun die Aufzeichnung des österreich. Landesrechts die Einleitung der 'Frage' dem Herzog vorbehält und nur nach Einholung des Raths der

1) Das Verfahren gegen die landschädlichen Leute in Süddeutschland. S. 86, Note 2. 2) *Die lantrihter suln vrag haben schedelicher leute und swer ubersagt wirt, uber den sol man rihten als reht ist.* Constitut. II, 608 — Weiland setzt diesen Landfrieden a. a. O. 604 zwischen 1256—1261. Doch hat seitdem Dopsch in den Mitth. d. Inst. f. österr. Gesch. XIX, 160 das Jahr 1254 erwiesen.

Landherren zugestehet¹, so entspricht der Landfrieden von 1254 einem jüngeren, das Landesrecht einem älteren Rechtszustande, welche — eine ruhige Entwicklung vorausgesetzt — durch mehrere Jahrzehnte getrennt sein dürften. In Oesterreich, das unter der weisen Regierung Herzog Leopolds VI. zu grossem Wohlstand erblühte, hat es an Massregeln zur Hebung der Landessicherheit nicht gefehlt². Warum sollte hier die 'Landfrage' noch unbekannt gewesen sein, die in dem benachbarten Ungarn damals — sehr zum Unwillen der adeligen Strauchritter — schon gehandhabt wurde³. Erwägt man die von Siegel (a. a. O. S. 120 ff.) hervorgehobenen Umstände, unter welchen die Aechtung Herzog Friedrichs II. im Jahre 1236 erfolgte: die allgemeine Unzufriedenheit von Adel und Kirche wegen der Neuerungen des Herzogs zumal auf finanziellem Gebiete, so mussten den Betroffenen die Zustände unter dem früheren Herrscher geradezu als die gute alte Zeit erscheinen. Es wurde daher in den damals bei K. Friedrich II. erwirkten Gunstbriefen nicht selten auf die Zeiten Herzog Leopolds VI. ausdrücklich zurückgegriffen. Dazu kam, dass die österreichischen Landherren den steigenden Einfluss ihrer Genossen in Steiermark mit eifersüchtigen Blicken verfolgten. Schon besaßen die Steirer mehrfache Verbriefung ihrer Rechte, den Aufenthalt des Kaisers in Graz um Weihnachten mögen sie nun benutzt haben, um jene Erweiterung ihrer Rechte anzubahnen, die ihnen der kaiserliche Freiheitsbrief vom April 1237 wirklich einräumte. War dies für die Oesterreicher nicht Anlass genug, auch ihrerseits ein Gleiches zu versuchen, und musste solch einer Bestätigung des Landesrechts nicht nothwendig eine Sammlung und Aufzeichnung des Rechts, wie es in der guten alten Zeit unter Herzog Leopold VI. bestanden hatte, vorangehen, da man auf keinerlei ältere Verbriefung Bezug nehmen konnte? Sind das nicht schwerwiegende Gründe dafür, dass die vorliegende Aufzeichnung des österreichischen Landesrechts um das Jahr 1237 entstanden ist?

1) Art. 15: *Ez sol der landesherr dehain frag haben, wann daz ist nicht recht . . . er mag aber wol nach rat der herren in dem lande ain frag haben auf schedelich leut, davon das land gerainigt werd.*

2) Vgl. die Klagen der Wiener über den Tod Herzog Leopolds VI. bei Enenkel: *wer vreit uns di strazze wer schafft uns frid an mazze oder wer hecht di rawber an die wid, und alle ungerechte lewt, die schint er auz der hawt.* Rauch, SS. I, 311.

3) Auf die Landfrage oder ein ähnliches Verfahren bezog sich die Versicherung, die Kg. Andreas II. 1222 dem Adel in der goldenen Bulle gab: *Item populi coniurati in unum, fures nominare non possint, sicut consueverant.* Art. 6.

Juritsch¹ nimmt allerdings eine andere Veranlassung an; seiner Meinung nach hat Herzog Friedrich II. nach seiner Wiederaussöhnung mit dem Kaiser (also 1240—1246) selbst die Landesgewohnheiten sammeln lassen, um einem neuerlichen Abfall der Ministerialen zu begegnen. Auch in solchem Falle würde die zeitliche Entfernung dieser Aufzeichnung von der Verkündigung des Mainzer Landfriedens höchstens ein Jahrzehnt betragen. In noch spätere Zeit, in die Tage Otakars von Böhmen oder gar König Rudolfs I., könnte dies Rechtsdenkmal meines Erachtens schon aus dem Grunde nicht verlegt werden, weil es dazumal an einem Anlass fehlte, auf die Zeiten Herzog Leopolds VI. zurückzugehen. Beide Herrscher hätten bei der Aufzeichnung des Landesrechts gewiss ebenso wie in anderen Fällen an die Zustände unter Herzog Friedrich II. angeknüpft. Und was schliesslich den Einwand betrifft, dass einzelne Artikel des Landesrechts offenbar den Landfrieden Herzog Otakars und selbst König Rudolfs I. entnommen, mithin jünger als diese datierten Quellen sein müssten, so würde auch einer Umkehrung dieser Beweisführung nichts im Wege stehen. Rechtssätze werden eben, wie Siegel (a. a. O. S. 126) ausgeführt hat, 'durch die Bedürfnisse einer Zeit hervorgerufen, von den Verhältnissen empfangen sie ihren Inhalt. So entstehen und bestehen sie zur selben Zeit und unter gleichen Bedingungen an den verschiedensten Orten mit demselben Inhalt. Und dieser allein nöthigt daher nimmermehr, nachdem sie hier und dort in diesem und jenem Jahre in schriftliche Form gebracht worden sind, zu der Annahme, dass bei einer späteren Fassung an einem Orte die frühere Urkunde des anderen benutzt worden sei'.

III.

Wir sind demnach zum Ergebnis gelangt, dass die Aufzeichnung des österreich. Landesrechts der Zeit nach beinahe aufs Jahr mit der Verkündigung des Mainzer Landfriedens (1235) zusammenfällt, oder höchstens um ein Jahrzehnt jünger ist².

Durch diese Feststellung gewinnt die Thatsache, dass eine Anzahl Stellen des Rechtsdenkmals mit dem deut-

1) Geschichte der Babenberger S. 585. 2) Die streitigen Fragen über die Entstehungszeit der jüngeren Form, des 'Gesetzesentwurfs', bleiben der Erörterung an einem anderen Orte vorbehalten, da deren Entscheidung mit dem Zwecke dieser Abhandlung in keinem unmittelbaren Zusammenhange steht.

schen Text des Mainzer Landfriedens übereinstimmen, Bedeutung für die Kritik der Textüberlieferung: das österreichische Landesrecht wird zum Prüfstein, ob der deutsche Text, wie er vorliegt, mit dem lateinischen Original gleichzeitig oder späteres Erzeugnis ist. Betrachten wir vorerst diese Stellen:

Zur unmittelbaren Vergleichung ist der bei Weiland Constitutiones II, n. 196a, S. 250 ff. unter I gebotene Text der Münchener Hs. n. 16083 aus dem S. Niklaskloster zu Passau (13. Jh.) benutzt, Abweichungen des Textes II wurden in Anmerkungen berücksichtigt.

Oesterreich. Landesrecht.

Art. 57.

Es ensol auch niemand weder auf wasser noch auf lannd dhain maut nemen in ainem rechten gesworen lanndfride wann wo man ze recht mauten sol, es sei dann, daz in es der lanndes herre erlaub. Wer es darüber tût, da sol man hincz richten als gen ainem strasrauber.

Art. 60.

Es ist recht nach lanndes gewonhait, daz aller der gotzhewser vogt den gotshewsern das ir vogtai ist also behaltent, daz uns dhain clag von in köm und die vogt den gotshewsern vor sein und sie schermen auf ir vogtai, als es wol stee nach got und

Landfrieden von 1235. I.

Art. 7, S. 258.

. . . Swer die zolle nimet anders denn er sol ze reht, oder an einer andern stat denne da er uf gesetzet ist, man sol in haben fur einen strazrouber. . . .

Art. 2, S. 259.

Er gebiutet¹, daz aller goteshuser vogiten, daz si den goteshusern vor sin und beschirmen uf ir vogitei als ez gegen gote wol geste und och sine

1) Text II S. 259: Item wir setzen und gebitent bi unseren hulden, das alle gotshuser vogt den gotshusern vor sin und sie beschirmen als es in gein gote wol stehe und auch unser hulde domit behalten und sich an der gotshuser gute das ir vogtie ist also haltent, das uns kein gross clage von in kome. Wer das nit thut, kompt uns von dem clage, das wollen wir zornlichen richten.

Oesterreich. Landesrecht.

Landfrieden von 1235. I.

als si unser huld damit behaltent und sich an der gotshewsergüt, das ir vogtai ist, also behaltent, daz uns des dhain clag von in köm. Wer des nicht tüt, kämpf uns des clag, das well wir richten als recht ist und so vestikleich, daz wir daran niemants schonen wellen, wan wer sein vogtai selb beraubet, die er pilleich schermen solt, der hat die mit recht verloren.

huld behalten, und sich an der goteshuser güte und vogitei also behalten, daz dehein groz chlage von in chome. Swer des nicht entut, chumet im daz ze chlage, daz wil er rihten als recht ist und also vestlichen, daz er daran niemans schonen welle.

Art. 61.

Es ist pilleich, wer der gotshewser vogtai güt raubet oder prenet dem vogt ze laid, daz er den schaden selb dritt gelt und daz dem gotshaus des das urbar ist, die zwai tail werdent und dem vogt das drittail.

Art. 2, S. 260.

Er gebeutet vestlichen, daz niemen durh deheines vogites schulde noh ze leide der goteshuser gut, daz sin vogitei ist, weder brenne, roube noh phende. Swer daz dem vogite tut ze leid, wirt er des uberredet als recht ist vor dem rihter, den sol man ze aht tûn und en sol in uz der aht niht lan, ern gelt den schaden dristunt als tiur er ist, und suln diu zweiteil dem goteshuse [werden] und dem vogite daz dritte teil.¹

1) Art. 2 Text II, S. 260: 'Item wir gebietent bi unseren hulden, das niemant durch keines vogtes schuld der gotshuser gut weder brenne noch raube noch pfende. Wer es daruber tut dem vogte zu leide, wirt er es uberredt etc.'

Oesterreich. Landesrecht.

Art. 63.

Es ist recht nach gewonhait des lanndes, an wem der hanntfrid zeprochen wirt, erzeuget er das auf den heiligen vor dem richter mit dem, der den hanntfrid gemacht hat oder emphanen, und mit zwain unversprochen mannen, die ir recht behalten habent, daz der frid an im zeprochen sei, der richter sol jenen ze echt tûn der den frid zeprochen hat und sol in nimmer aus der echt lassen an des clager willen, oder der richter verleuset die hannt darumb. Ist aber, daz er den frid also pricht, daz er ainen ze tod slecht, so sol seiner mag ainer clagen umb denselben todslag und sol es auch bereden als vor gesprochen ist. Und wen er das beredt hat, so sol er von der echt nimmer kommen, wann mit dem tod und sol eelos und rechtlos sein immer mer. Wil aber der den frid gemacht hat oder emphanen im nicht bestetten des rechten, daz der frid an im zebrochen sei, dem sol der richter gepiten bei unsern hulden, daz er im seines rechten helff, oder daz er sein nicht enwisse. Des swer er auf den heiligen. Lat er das durch furcht, durch magschafft oder durch dhainer slacht ding,

Landfrieden von 1235. I.

Art. 3, S. 254/5.

An swem der hantfrid gebrochen wirt, erziuget er daz zen heiligen vor sinem rihter mit dem der den hantfride gemacht hat und mit zwein andern sentbaeren mannen die ir reht behalten hant, daz der frid an im gebrochen si, der rihter sol jenen ze aht tûn der den frid gebrochen hat und sol in niemer uz der aht lan ane des chlagers willen, oder er verliese die hant drumbe. Ez ensi als verre daz er mit dem totslage den fride breche; so sol siner mage einer chlagen uber die selben getat und sol ez och bereden, als hie geschriben ist und swenn er daz beredet, so ne sol in der rihter von der aht niemer gelazen wan mit dem tode und sol elos und rechtlos sin. Wil aber im der den hantfrid gemacht¹ oder enphanen hat niht gesten des rehtes daz er an im gebrochen si, dem sol der rihter daz gebieten bi des keisers hulden, daz er im sins rehtes helfe oder zen heiligen swere, daz er niht darumb enwizze. Lat er daz durh magschaft, oder durh deheiner slahte dinch, er ist dem keiser und dem rihter siner schulde² schuldech.

1) Text II: 'wil aber der den hantfriden enphanen hatt, genem an dem er gebrochen ist, des nit gesteen'. 2) 'sin hant schuldig'.

Oesterreich. Landesrecht.

er ist uns und dem richter
seiner hannt schuldig.

Art. 65.

Es ist recht nach lanndes
gewonhait, welch sūn seinen
vater von seiner purg oder
von anderem seinem gūt ver-
stosset oder prennnet oder
raubet oder zu seines vater
veinten sich kert mit aiden
oder trewen, das auf seines
vater er get oder auf sein
verderbnuss, überkūmpt in
des sein vater mit zwain
vnversprochen mannen, dem
sūn sei wider, taillet aigen
und lehen und varundes gūt
und alles des gūts, des er von
vater und von mūter erb solt
sein, ewikleich, also daz im
der richter noch der vater
nicht wider gehelffen mag,
daz er zu demselben gūt
dhain recht nimmer mer ge-
winnen mūg.

Art. 66.

Welch sūn an seines vater
leib ratet oder in freveleich
angreiffet mit wunden oder
mit venknus oder in in ain
pant leit, das venknus hais-
set, wirt er des uberzeuget
vor seinem richter als vor
geschriben ist, derselb sol

Landfrieden von 1235. I.

Art. 15, S. 250.

Swelch sun sinen vater von
sinem eigen oder von sinem
erbe oder von sinem gūt ver-
stozet¹ oder brennet oder
roubet oder wider in ze sinen
vienden swert² mit eiden, daz
uf sins vater ere gat oder uf
sine verderbnusse, beziuget ez
sin vater ze den heiligen vor
dem rihter mit zwein sent-
barn mannen³, der sun sol sin
verteilet eigens und lehens
und varends gūtes und ber-
lichen⁴ alles des gūtes, des er
von vater vnd von mūter er-
ben solde, ewichliche, also
daz im weder rihter noch der
vater wider gehelfen mag,
daz er dehein reht ze dem
gūte gewinnen muge.

Art. 16, S. 250.

Swelch sun an sins vater
lib ratet oder vrevlichen an-
grifet mit w[u]nden oder mit
vanchnusse und⁵ er daz vor
dem rihter beziuget als hier
vor geschriben ist, derselbe
si elos und rehtelos ewichli-
chen, also daz er niemer wi-

1) Text II: Welicher sun sinen vatter von sinen burgen oder von
anderem sinem gut stoset . . . 2) 'oder zu sinen vatter fiende sitzt . . .'
3) 'mit zweien semper mannen, die nieman mit recht verwerfen mag'
4) 'und warlichen . . . 5) 'wirt er des vor sinem richter uberzeuget' u. s. w.

Oesterreich. Landesrecht.

sein eelos und rechtlos ewikleich, also daz im der vater nimmer mer mit dhainer slacht ding wider gehelfen mag. Alle die, die der vater ze zeug nennet vor dem richter über alle die sach die hie vor geschriben stent, die sullen des nicht über werden durch magschafft noch durch dhainer slacht ding, si gesten dem vater der warhait. Der des nicht tûn wil, den sol der richter darczu twingen, es ensei daz er vor dem richter swer auf den heiligen, daz er darumb nicht enwisse. Hat der vater dienstman, oder ist es so, daz er aigenleut hat, von der rat oder von der helff der sûn diser ding aines tût oder aines getan hat wider den vater, die hie oben geschriben stent, erczeuget das der vater vor seinem richter auf si mit iren genossen oder mit übergenossen als da vor geschriben stet, die sind eelos und rechtlos ewikleich, also daz si nimmer mer wider komen zu irem recht. Der vater mag aber nicht auf die leut bereden, si sein dienstman

Landfrieden von 1235. I.

der chomen mag mit dehainer slahte dinge ze sinem rehte.

Art. 17, S. 251.

Alle die der vater nennet ze zeuge vor dem rihter über alle die sache die hie vorge-schriben ist, die ne suln des niht über werden durch mage-schaft noh durh deheiner slahte dinch, sin¹ gesten dem vater der warheit. Der des nicht tun wil, den sol der rihter darzu dwingen, ez ensi daz er vor dem rihter ze den heiligen swer, daz er drumbe nine wizze.

Art. 18, S. 251.

Hat der vater dienstman, oder ist daz er eigen liute hat, von der rat oder von der helfe der sun dirre dinge deheinez tût wider sinen vater, der hie oben² geschriben ist, beziuget daz der vater uf sie als hie geschriben ist, selbe dritte zen heiligen, die selben sint elos und rehtlos³ ewichlichen, also daz si niemer mugen widerchomen ze reht mit deheiner slaht dinge⁴. E daz si elos beliben und rehtelos, so mûz der vater e haben den sun überwunden vor dem rihter.

1) Text II: 'sie gestan dem vatter'. 2) 'die hie vorn'. 3) 'erloß und rechtloß'. 4) Text III setzt fort: 'der vater mag aber uf di lute, si sin dinstman oder eigen, nicht beredin mit disen dingen, so daz si erlos und rehtelos sin, he en habe is er uf den son brocht.

Oesterreich. Landesrecht.

oder aigen leut, mit disen dingen, daz si eelos und rechtlos beleiben, er hab es dann ee beredet auf den sūn. Aller slacht ander leut, die des vater dienstman noch aigen leut nicht ensind, mit der rat und mit der helff der sūn wider den vater der ding aines tūt oder aines getan hat, die hie vor geschriben stent, überzeuget si der vater des vor seinem richter in des gericht es geschehen ist, so sol er dieselben in die echt tūn und sol si daraus nimmer lassen, si gelten dem vater ee seinen schaden zwifalt, den er von ir helff genommen hat und dem richter sein recht nach lanndes gewonhait. Habent si aber lehen von dem vater, das sol von im ledig sein, also daz er es in nimmermer geleihen sol si erkauffen es dan mit irem gūt.

Landfrieden von 1235. I.

Art. 19, S. 251.

Aller slaht¹ liute, die des vater dienstman oder eigen² nine sint, mit der rat oder mit der helfe der sun wider den vater der dinge deheinz getan hat, diu hie vor geschriben sint, uberziuet sie der vater des, als hie gescriben ist, der rihter in des gerihte daz geschehn ist, sol dieselben in die aht tūn und sol si niemer dar uz lan, sin gelten dem vater sinen schaden zwifalt, den er von ir rat oder von ir helfe genommen hat und dem richter sin reht. Hat derselben deheiner lehen von dem vater, daz selbe lehen sol dem vater ledich sin ze hant, so er in uberwindet und solz im niemer wider gelihen; oder lihet erz im wider, so sol er dem rihter sins lehens oder sins eigens als vil geben; oder hat er des niht³, so sol er als vil silbers geben, als tiure daz lehen ist.

IV.

Aus vorstehender Gegenüberstellung ergibt sich, dass die Art. 57. 60. 61 des österreichischen Landesrechts eine freie Wiedergabe der Art. 7 und 2 des Mainzer Landfriedens bieten, während die Art. 63. 65. 66 sich im Ausdruck eng an die Art. 3. 15--19 des Landfriedens anschliessen. Dabei zeigt Art. 60 insofern mit dem bei Weiland unter II

1) 'Text II: 'allerschlechte ander lute'. 2) 'tagewerker'. 3) II endet: 'so sol ers dem richter zwirnt als vil bessern mit anderm sinem gut'.

gebrachten Texte mehr Aehnlichkeit, als in beiden der Gesetzgeber in erster Person spricht, während in I indirecte Rede gebraucht wird:

Text I, 2.	Art. 60.	Text II, 2.
... und och sine huld behalten. ...	... und als si unser huld damit behaltend ...	... und auch unser hulde domit behalten. ...
... daz wil er richten als recht ist und also vestlichen.	... das well wir richten als recht ist und so vestikleich.	... das wollen wir zornlichen richten.

Hierher könnte man ferner noch ziehen:

Text I, 3.	Art. 63.	Text II, 3.
... siner schulde schuldech.	... seinerhanttschuldig.	sin hant schuldig.
I, 15.	Art. 65.	II, 15.
... von sinem eigen oder von sinem erbe oder von sinem gût verstoziert. ...	... von seiner purg oder von anderem seinem gût verstosset. ...	von sinen burgen oder von anderem sinem gut stoset.
... mit zwein sentbarn mannen, der sun sol. ...	mit zwain unverprochen mannen, dem sîn sei. ...	... mit zweien semper mannen die nieman mit recht verwerfen mag, der sun sol. ...

Man darf jedoch nicht übersehen, dass die grössere Uebereinstimmung von Text II, 2 mit Art. 60 nur scheinbar ist. Thatsächlich ist der Sinn dadurch völlig verändert, dass in dem einem Falle der Kaiser, im zweiten der österreichische Herzog der Befehlende ist. Andererseits ist zu beachten, dass der Ausdruck 'vestikleich', der in Art. 60 und Text I, 2 vorkommt, bei II, 2 in 'zornleich' geändert ist.

Es giebt ferner mehrere Stellen, in welchen das österreichische Landesrecht sowohl dem Ausdruck als dem Sinne nach dem Texte I unzweifelhaft näher steht als der Fassung II.

Text I, 18.	Art. 66.	Text II, 18.
... der hie oben geschriben ist. ...	... die hie oben geschriben stent. ...	... die hie vorn geschriben sint. ...
... dieselben sint elos und rehtlos ewichlichen. ...	... die sind eelos und rechtlos ewikleich. ...	... dieselben sint erloß und rechtloß ewielichen. ...

I, 19. Aller slaht liute, die des vater dienst- man oder eigen nine sint. . . .	Art. 66. Aller slacht ander leut, die des va- ter dienstman noch aigen leut nicht en- sint. . . .	II, 19. Allerschlechte an- der lute die des vatters tagewerker oder dienstmanne nit ensint. . . .
I, 3. . . . Wil aber im der den hantfrid gemachet oder en- phanngen hat niht gesten des rehtes daz er an im ge- brochen si. . . .	Art. 63. . . . Wil aber der den frid gemacht hatoderemphanngen im nicht bestetten des rechten, zas der frid an im ze- brochen sei. . . .	II, 3. ...Wil aber der den hantfriden enphan- ngen hat genem an dem er gebrochen ist, des nit gesteen.

Die Abweichungen der Texte I und II des Mainzer Landfriedens sind an sich nicht gross, den Hauptunterschied bildet abgesehen von wenigen Zusätzen in II die Anwendung der indirecten Redeform in I gegenüber der directen in II. In Betracht zu ziehen ist ferner für die Sprache das Alter der handschriftlichen Ueberlieferung, welche für I bis ins 13. Jh. zurückgeht, wogegen Text II und die Hss. des österreichischen Landesrechts aus dem 15. Jh. stammen. Um so mehr verdient Beachtung, dass die Parallelstellen des österreichischen Landesrechts im ganzen näher der Textform I als II stehen. Namentlich auffällig ist die Beibehaltung der Formel 'eelos' und 'rechtlos' in Art. 66, welche Text II durch 'erloß' und 'rechtloß' ersetzt, wenn man erwägt, dass im 15. Jh. in Oesterreich die alte Bedeutung von êe, ê zu verblassen begann, so zwar, dass die Volksetymologie den unverständlich gewordenen Ausdruck in seinen Zusammensetzungen durch 'Ehre' zu ersetzen begann, von 'ehrbarer Noth' statt von 'ehafter not' redete und dergl.¹

Demungeachtet ist Text I keine unmittelbare Vorlage für das österreichische Landesrecht gewesen. Es wurde schon oben bemerkt, dass im Art. 60 die Worte 'unser huld' und 'das well wir richten' nicht wie in Text II auf den Kaiser, sondern auf den österreichischen Herzog zu beziehen sind. Das sind keine vereinzelte Stellen, denn auch in Art. 65 sind die Worte der deutschen Texte I—III 'bi des keisers hulden' durch 'bi unsern hulden' ersetzt,

1) Beispiele im Wiener Stadtrechtsbuch, Ausgabe von Schuster, S. 149 Register unter 'Ehaffe'.

in den Art. 57 und 63 ist es ebenfalls der Landesfürst, der da gebietet, und Art. 63. 65. 66 überliefern 'Landesgewohnheit', wenngleich das was jener befiehlt und was hier verzeichnet wird inhaltlich — oft sogar im Ausdruck — mit dem Mainzer Landfrieden übereinstimmt. Das lässt nur den Schluss zu, dass nicht die deutsche Fassung des Reichsgesetzes, sondern ein auf Grund desselben vom Herzog erlassener besonderer Landfrieden für Oesterreich die unmittelbare Vorlage bei der Aufzeichnung des Landesrechts gewesen ist.

Damit gelangen wir zu nachstehenden Schlussfolgerungen:

1. Von den drei durch Weiland im 2. Bande der *Constitutiones et acta publica imperatorum et regum* unter n. 196 a mitgetheilten deutschen Fassungen des Mainzer Landfriedensgesetzes ist die erste, die mit den Worten beginnt: *Ditz ist der fride und ez gesetzze, daz der keiser hat getan mit der fursten rat uber alle diutschiu rich unstreitig* die älteste. Sie gehört schon durch die Hs., in der sie vorkommt, dem 13. Jh. an, und weist durch ihre Einleitungen: *Ez gebiutet der keiser* (Art. 4), *der keiser hat gesetzet* (Art. 5), *der keiser gebiutet* (Art. 13, 22), *er verbiutet* (Art. 7) u. dgl. offenbar auf die Gestalt hin, in welcher die Verkündung auf dem Reichstag selbst erfolgte. Text II und III sind jüngere Formen, in welchen nicht bloß die indirecte Rede aufgegeben ist, sondern auch mancherlei Erweiterungen und Zusätze angebracht wurden.

2. Die Publication der Reichslandfrieden in den Territorien war Sache der Landesherren. Viele mögen das Reichsgesetz, so wie es ihnen in der deutschen zur Verkündung an das Volk bestimmten Fassung zukam, verlautbart haben, andere haben schon damals mit Benutzung des Reichsgesetzes besondere Landfrieden als Landesgesetze erlassen; das geschah namentlich in Gegenden, wo die Landesherrlichkeit frühzeitig erstarkt war, also im Südosten des Reichs. Diese Fürsten legten sich damit nur ein Recht bei, das König Rudolf 1287 auf dem Wirzburger Reichstage ganz allgemein den Landesherren einräumte¹. So hat denn auch Herzog Friedrich II. von Oesterreich, der im Jahre 1235 mit dem Kaiser noch recht gut stand und von ihm Förderung seiner weitaussehenden politischen Pläne

1) MG. Leges II, 452, Art. 44: 'Swaz ouch die furste oder die lantherren in irme lande mit der herren rate sezzent und machent disem lantfriden zu bezzerunge und zu vestenunge, daz mugen si wol tun und damitte brechen sie des lantfridis niht'.

erwartete, diesen Weg eingeschlagen und auf Grund des Mainzer Landfriedens — wahrscheinlich 1235/6 — ein besonderes Landfriedensgesetz für Oesterreich erlassen, das bald darauf bei der Aufzeichnung des österreichischen Landesrechts theilweise benutzt wurde.

3. Der enge Anschluss der aus diesem Landfrieden ins österreichische Landesrecht aufgenommenen Sätze an Text I, der stellenweise bis zu wörtlicher Uebereinstimmung geht, erweist unzweifelhaft, dass Text I die ursprüngliche Fassung überliefert, in welcher der Mainzer Reichslandfriede dem Volke verkündet wurde.
